

Protokoll Gemeinsame Sitzung Runde Tische Nord/Mitte & Süd Oldenburg in Holstein, 22. März 2019

Diskussion zur Zielsetzung der Runden Tische auf Basis des Oldenburger Beschlusses nach Fertigstellung des Forderungskatalogs und Übergabe des Berichts der Deutschen Bahn an das BMVI (alle)

Die Runden Tische Nord/Mitte und Süd sprechen sich einstimmig dafür aus, auch zukünftig zu tagen. Es ist weiterhin sinnvoll, über das Wie sämtlicher Belange, die im Zusammenhang mit der Festen Fehmarnbelt-Querung stehen, zu diskutieren, um größtmögliche Transparenz zu schaffen und Betroffenheiten und Forderungen zu artikulieren.

Die Runden Tische Nord/Mitte und Süd wollen zukünftig nach aktuellem Bedarf tagen. Die zu Jahresbeginn 2019 eingeführte Neu-Organisation in zwei Runden Tischen (Nord/Mitte & Süd) soll beibehalten werden. Die Sitzungen sollen jeweils einmalig vor dem Projektbeirat stattfinden.

Themen für den Projektbeirat

Die Runden Tische Nord/Mitte und Süd stimmen mehrheitlich dem folgenden Antrag der Stadt Bad Schwartau zu:

„Die Runden Tische geben dem Projektbeirat auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Stadt Bad Schwartau in der folgenden Sitzung des Dialogforums eine Erklärung vortragen kann, in welcher eingehend zu erläutern ist, warum die geforderte übergesetzliche Schutzmaßnahme von der Stadt als machbar, notwendig und verhältnismäßig erachtet wird. Die Vertreter des Projektbeirates sollen dafür sorgen, dass der beabsichtigte Vortrag in der Tagesordnung des Dialogforums berücksichtigt wird.“

Die Runden Tische geben dem Projektbeirat auf, dafür Sorge zu tragen, dass in der folgenden Sitzung des Dialogforums eine eingehende Aufklärung zur Kernforderung 3 (Erschütterungen) erfolgt.

Hierzu soll das Dialogforum Sachverständige einladen, die im Interesse der Betroffenen Auskunft geben können:

- über die Schutzwirkung verschiedener Baumaßnahmen
- über den Rechtsanspruch auf Schutz vor Schienenverkehrserschütterungen

Hierzu soll die DB Netz AG Auskunft geben, welche Schutzmaßnahmen im Rahmen übergesetzlicher Schutzmaßnahmen gemäß Kernforderung 3b) vorgesehen sind und als Berechnungsgrundlage der in der Matrix vermerkten Kosten (12 Mio. € netto Mehrkosten) herangezogen wurden.

Insbesondere möge die Deutsche Bahn darlegen, was bahnseitig unter „Maximalschutz (inkl. Annahme für Entschädigungszahlungen)“ {vgl. DB Netze, Einzelvorstellung} verstanden werden muss. Die Deutsche Bahn möge am Beispiel von PFA 1 diesen „Maximalschutz“ erläutern, der auf nur 4 Mio. € für 148 betroffene Gebäude beziffert wird. Im Vergleich dazu werden für gesetzlich geschuldete Maßnahmen im 1. PFA 2,4 Mio. € für gesetzliche Maßnahmen vorgesehen, die aus nur 0,28 Mio. € für Schutzmaßnahmen bestehen und zu 2,1 Mio. € aus angenommenen Entschädigungen.

Schließlich möge die Deutsche Bahn Auskunft geben, warum die gemäß Kernforderung 3a) geforderte Gleichbehandlung der Betroffenen an Neubau- und Ausbaustrecken „aus Sicht der DB Netz ... nicht erfüllbar“ sein soll {vgl. DB Netze, Einzelvorstellung}.

Die Runden Tische Nord/Mitte und Süd stimmen mehrheitlich dem folgenden Antrag der Stadt Bad Schwartau zu:

„Die Vertreter des Projektbeirates sollen dafür sorgen, dass der beabsichtigte Vortrag der Sachverständigen sowie die Auskunft seitens der Deutschen Bahn in der Tagesordnung des Dialogforums berücksichtigt werden.

Die Runden Tische Nord/Mitte und Süd stimmen mehrheitlich dem folgenden Antrag vom Regionalmanagement Fehmarn-Großenbrode zu:

„Die Deutsche Bahn möge zeitnah Alternativen für einen Schienenersatzverkehr infolge der geplanten Einstellung des Fernverkehrs Fehmarn in/aus Richtung HL/HH mit dem Winterfahrplan 2019 vorlegen. Die Teilstrecke Fehmarnsundquerung (FSQ) ist in das gemeinsame Forderungspapier der Kommunen aufzunehmen.“

Die Runden Tische Nord/Mitte und Süd stimmen mehrheitlich dem folgenden Antrag der Bürgerinitiativen zu:

„Der zeitlichen Druck, die Unterlagen für den Bundestagsbeschluss zum übergesetzlichen Lärmschutz bis Ostern 2019 fertig zu stellen, ist abzulehnen.

Themenprotokoll Gemeinsame Sitzung Runde Tische Nord/Mitte & Süd
22. März 2019, 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr
Gewerbezentrum Oldenburg, Neustädter Straße 26-28, 23758 Oldenburg in Holstein

Die Runden Tische stimmen mehrheitlich dem folgenden Antrag der Bürgerinitiative VesuW e. V. zu:

„Für die Mitglieder der Runden Tische Nord/Mitte und Süd ist es im Interesse der Gesundheit und der Lebensqualität der Menschen, die an der Trasse leben und derer, die vor Ort zu Gast sind, unverzichtbar, dass jeder Schutzfall von Lübeck bis Fehmarn einschließlich aktiv gelöst wird. Diese Forderung umfasst sowohl den Erschütterungsschutz als auch die Gesamtlärbetrachtung von Autobahn und Schiene entlang der gesamten Trasse als Basis des Schallschutzes.

Die AG Gesamtlärm hat in ihrer Besprechung vom 06.03.2019 festgestellt, dass als Weg, um die Gesamtlärbetrachtung zu realisieren, eine Untersuchung der Trasse im Hinblick auf jede Pegelzunahme bei gemeinsamer Berücksichtigung von Schiene und Straße vorzunehmen ist. Soweit Schiene und Straße nicht parallel verlaufen (Variante B entsprechend Protokoll der AG Gesamtlärbetrachtung vom 24.01.2019), ist statt auf der Pegelzunahme auf die Überschreitung des Grenzwertes von 49 dB(A) nachts abzustellen. Nach dem Verständnis der Mitglieder der Runden Tische Nord/Mitte und Süd ist die Lösung von Schutzfällen überall dort geboten, wo eine Überschreitung des Grenzwertes bzw. ein Pegelzunahme durch die Gesamtlärbetrachtung festgestellt wird.“

Alle Präsentationen der Sitzung sind hier abrufbar:

www.rundetische-fbq.de/vergangenesitzungen

Bitte beachten Sie auch die Protokolle des Projektbeirats:

<http://www.fehmarnbelt-dialogforum.de/mediathek/projektbeirat>

*Protokollant: Benedikt Baikousis
22. März 2019, Oldenburg i. Holstein*

Weitere Informationen: www.rundetische-fbq.de